

# Die Agenda 2010 als Teil der rot-grünen Regierungspolitik

Von Werner Eichhorst\* und Klaus F. Zimmermann\*\*

## 1 Die Vorgeschichte

Die Agenda 2010 stellte eine historische Zäsur in der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dar. Sie war nicht von langer Hand geplant, hat aber eine durchaus längere Vorgeschichte. Gesellschaftspolitisch stark umstritten, traf sie auf einen breiten, zustimmenden Konsens unter den deutschen Wirtschaftsprofessoren (Zimmermann 2003). Um die Formulierung der Agenda 2010 und ihre politischen Implikationen zu verstehen, empfiehlt es sich, sie in die Entwicklungslinie der gesamten Regierungspolitik der rot-grünen Bundesregierung (1998–2005) einzuordnen (Zohlnhöfer 2004, Egle, Ostheim und Zohlnhöfer 2003).

Die rot-grüne Bundesregierung mit Kanzler Gerhard Schröder an der Spitze hatte nach ihrem Amtsantritt im Herbst 1998 zunächst unmittelbar Korrekturen an den letzten Reformmaßnahmen der von Union und FDP unter Helmut Kohl gestellten Bundesregierung vorgenommen. Dies betraf Regelungen, die von der SPD im Wahlkampf als „sozial ungerecht“ bezeichnet worden waren. Dazu gehörten etwa die Rücknahme des demografischen Faktors in der Rentenversicherung, der eine langfristige Absenkung des Rentenniveaus bei steigender Lebenserwartung bedeutet hätte, die Begrenzung der Selbstbeteiligungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, die vollständige Wiederherstellung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die Einbeziehung von „Scheinselbstständigen“ in die Sozialversicherung und die Absenkung der kurz zuvor angehobenen Grenze für die Anwendung des Kündigungsschutzes auf Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten (Eichhorst und Zimmermann 2005).

Angesichts der 1999 und 2000 sehr günstigen konjunkturellen Entwicklung schienen weitergehende Reformen nicht notwendig zu sein. Allerdings geriet die rot-grüne Regierung mit ihrer „Politik der ruhigen Hand“ spätestens Ende 2001 angesichts der sich abschwächenden Konjunktur in Deutschland und der Welt politisch in die Defensive. Während im Juni 2001 noch 3,7 Millionen Arbeitslose gemeldet waren, was einer Quote von 9,9% der abhängigen zivilen Erwerbspersonen entsprach, waren im Februar 2002 bereits 4,3 Millionen Personen oder 11,5% als arbeitslos registriert. Dies waren rund 200 000 mehr als im Vorjahresmonat. Verschärft wurde die politische Konstellation aus Sicht der Bundesregie-

\* Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn, E-Mail: [eichhorst@iza.org](mailto:eichhorst@iza.org)

\*\* Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA Bonn), Universität Bonn und Freie Universität Berlin, Korrespondenzadresse: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), 10108 Berlin, E-Mail: [praesident@diw.de](mailto:praesident@diw.de)